



Irmgard und Benno Rech

## **Abschied von einer Kirche, die sich als höchste moralische Instanz verstanden hat**

---

Viele große Tageszeitungen brachten die Nachricht schon auf der ersten Seite: Der Patriarch Kyrill in Moskau, das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, steht auf der Sanktionsliste der EU. Er wird von dem obersten Europäischen Gremium, dem EU-Parlament in Straßburg, den „Kriegsknechten“ des Kreml zugerechnet. Die EU-Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, spricht es unmissverständlich aus: „Wir wissen, wer sie sind, sie werden zur Verantwortung gezogen.“

Das Oberhaupt einer christlichen Kirche, das uneingeschränkte Vollmacht über die Gewissen von Millionen Gläubigen, Laien wie Priestern, ausübt, wird, da er Putins verbrecherischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als legitimen Krieg gegen den „verdorbenen Westen“ rechtfertigt, schonungslos ein „Kriegsknecht“ genannt. Damit geschieht das Ungewöhnliche, dass einer, der bisher aus „göttlicher Vollmacht“ immer andere zur Verantwortung gezogen hat, vor aller Welt mit der Verantwortung für einen großes Elend, Tod und Zerstörung bringenden Angriffskrieg belastet und mit Strafe bedroht wird. Wie müsste es ihn schockieren, dass er aus dem Munde einer Frau gerichtet wird, die in seiner Kirche nur als Untergebene gilt und kein Mitspracherecht hat. Eine kirchliche Institution, die auf dem System von Anweisung und Gehorsam beruht und die Verweigerung von Gleichberechtigung zu ihrem Rechtsprinzip erklärt, eignet sich grundsätzlich zur Komplizenschaft mit autokratischen Diktaturen. Putin und Kyrill verbindet eine Vergangenheit beim sowjetischen Geheimdienst KGB, beide tragen in sich ein idealistisches Bild von einem autokratisch regierten Russland als Repräsentant des Guten gegenüber einer verdorbenen freien und demokratisch regierten westlichen Welt. Der orthodoxe Kirchenmann verliert sich in Hassausbrüchen gegenüber dem Westen, weil er sich in einem metaphysisch ausgeweiteten Kampf des Guten gegen das Böse sieht. Es ehrt die der Jurisdiktion Moskaus unterstellten Teilkirchen, dass sich in ihnen Widerstand erhebt, z. B. werden liturgische Gebete für den Patriarchen gestrichen, Priester widersprechen den Propagandalügen und wagen das verbotene Wort Krieg auszusprechen.

Die demokratische Welt des Westens ist durch diesen unerwarteten Angriffskrieg Russlands gegen ein politisch selbstbestimmtes Volk entsetzt und erschüttert. Dass wir in einem freien Rechtsstaat leben können, ist keine unbedrohte Selbstverständlichkeit mehr. Das Erschrecken über Reden und Handeln des orthodoxen „Kriegsknechts“ Kyrill zwingt uns quasi, neu zu fragen, welche Rolle christliche Kirchen in demokratischen Staaten aus ihrem Glauben heraus einnehmen sollten. Europa sieht sich jetzt gefordert, die Idee des freien sozialen Rechtsstaates gegenüber diktatorischen Übergriffen Russlands stärker zu verteidigen, auch militärisch.

Diese politische „Zeitenwende“ muss von einer Gesellschaft bewältigt werden, die sich durch unterschiedliche Krisen bereits bedroht fühlt. Die weltweit ausgebrochene Corona-Epidemie, die fortschreitende Naturzerstörung und die notwendig gewordenen Umstellungen der gesamten Industrie und Technik auf eine nachhaltige und stärker automatisierte Produktion, lösen Verunsicherung und Ängste aus. In dieser angespannten Situation brauchen die Menschen Ermutigung und Beistand, auch Trost. Doch auch die katholische Kirche verliert gerade jetzt durch die aufgedeckten Missbrauchsfälle und durch ihre Unfähigkeit, sie aufzuarbeiten, so stark an Vertrauen, dass sie wegen der wachsenden Zahl der Austritte um ihre Existenz bangen muss.

Die Kirchen müssen jetzt einsehen lernen, dass sie ihre dominante Rolle verloren haben. Die moderne freiheitliche Gesellschaft hat sich von der Beeinflussung durch kirchliche Moralvorstellungen emanzipiert. Wie das Urteil über den Patriarchen Kyrill beweist, legt sie

ihre eigene moralische Messlatte an, die von ihrem Einsatz für Friede, freiheitlichen Rechtsstaat und für die Menschenrechte bestimmt ist. Die hierarchisch gelenkte katholische Papstkirche muss es sich vorhalten lassen, dass der humane Fortschritt in der modernen, emanzipierten Gesellschaft stattfindet und nicht auf ihrem Boden. Seit dem 19. Jahrhundert haben sich die Bischöfe von Rom aus antimodernistisch bestimmen lassen. Alle modernen Ideen und Strömungen gelten von vorneherein als irrtumsbehaftet, alle Kleriker mussten einen „Antimodernisteneid“ ablegen, auch die Laien werden verpflichtet, sich gehorsam dem Lehramt der Kirche zu unterwerfen. Dieses verstand sich als Hort der Wahrheit und als Verfechterin des Guten, das Böse kam immer von draußen, aus der aufgeklärten und liberal sich entwickelnden Welt. Doch gerade in dieser „bösen Welt“ keimen und entwickeln sich die für die Humanisierung so wichtig gewordenen Ideen der Menschenwürde und der Menschenrechte. Der in seiner Gesinnung zur Welt hin offene Papst Johannes XXIII. (1958-1963) ist dann in seiner Enzyklika „*pacem in terris*“ den Schritt gegangen, auch die Kirche sozialrechtlich auf die „liberalen“ Menschenrechte in der Version der Vereinten Nationen (1948) zu verpflichten. Doch die nachkonziliaren Päpste, vor allem Benedikt XVI., der der heutigen Welt Standpunktlosigkeit und „Relativismus“ vorwirft, haben diese Offenheit für die Umsetzung der Menschenrechte in der Kirche aufgegeben und ihre Aufnahme ins Kirchenrecht verweigert. Die in antimodernistischer Gesinnung entstandenen Glaubenslehren gelten weiter, die Ehe- und Sexualmoral bleibt unkorrigiert, Frauen wird das Priesteramt durch Johannes Paul II. definitiv verweigert. Reformvorhaben wie die Gleichberechtigung der Frau, die Beseitigung der priesterlichen Vorrangstellung, die Freistellung des Zölibats, die Segnung homosexueller Paare werden von der konservativen Leitung in Rom als Bruch mit der Katholizität diffamiert.

Die Zeiten einer glanzvoll gefeierten „Katholizität“ werden sicherlich nicht mehr zurückkehren. Die katholische Kirche muss sich jetzt von staatlicher Seite dazu drängen lassen, zur Aufarbeitung ihrer Missbrauchsfälle zivile Rechtshilfe anzunehmen. Moral und Recht finden sich eher in der Welt als in der Kirche. Die bisherigen Bemühungen einer eigenen Aufarbeitung entsprechen nicht den heutigen Rechtsprinzipien. Wenn sich die kirchlichen Behörden in dieser Zusammenarbeit bewähren, kann die Kirche ein offenes Selbstbild entwickeln und verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. Vor allem hoffen wir, dass ihr gestörtes Verhältnis zu Frauen ihr selber peinlich wird, wenn sie in der Arbeit mit Staatsanwältinnen, Richterinnen, Ärztinnen, Psychologinnen erfährt, wie selbstverständlich Frauen als Autoritäten in der Rechtsfindung einbezogen sind, und vor denen sich geweihte Männer nun zu verantworten haben. Ihre eigene ausschließlich männliche Struktur hat es nicht geschafft, eine überzeugende Moral aufzubauen, schwerstes Unrecht und schwerste Verbrechen auf Kosten der Schwächsten zu verhindern. Um sich ein angemessenes Ansehen zu bewahren, hat sie zu lange Unmoral in den eigenen Reihen geduldet und vertuscht.

Wie können wir Laien mithelfen, dass die Klerikerkirche aus ihrer verfahrenen Situation herausfindet? Den Priestern raten wir, sich zurückzunehmen und geschwisterlich empfinden zu lernen. Gottesdienstliche Feiern dürfen nicht priesterzentriert bleiben. Vor allem die Eucharistie muss als geschwisterliches Mahl ohne Machtgefälle erfahrbar werden, im gemeinsamen Brotbrechen mit dem menschenfreundlichen und heilenden Jesus, dem Gekreuzigten. Zu einer solchen Gemeinschaftsfeier ließen sich Gläubige wohl gerne wieder einladen, sie könnten darin Glaubensorientierung, Ermunterung und Trost finden.